

Rundbrief des Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung – Nr. 46

Informationen: www.ina-koeln.org | Mobil 0160 97949220

an- und abmelden: r.kippe@ina-koeln.org

Köln, den 31.7.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe UnterstützerInnen,
liebe Freundinnen und Freunde,

1 Schluss mit der Anstalt

unter diesem Titel greift die taz eine Bewegung wieder auf, die auch in Köln Furore gemacht hat. Martin Stankowski hat uns dazu drei Artikel aus der taz von heute zugesandt

Psychisch Kranke sind die Hauptgruppe der Obdachlosen, gefolgt von Drogenkranken und heimatlosen Osteuropäern, denen die EU die Freizügigkeit schenkt, während sie sie gleichzeitig von den Sozialhilfesystemen ausschließt.

Hier ist nicht nur Herz, sondern auch Hirn gefragt. Diese seltene Mischung, die die Fähigkeit hat, die Welt zu verändern.

Wir kommen in den Genuss dieser Artikel, weil unser freier Mitarbeiter Dr. Martin Stankowski nicht nur die Wochenendausgabe der taz liest, sondern auch deren Lokalausgaben. Hier die Norddeutsche.

Danke, Martin!

Aber nun zu den drei Artikeln.

taz vom Samstag, 31.7. (Seite 53) Schluss mit der Anstalt von Eiken Bruhn Viele psychisch kranke Menschen sind mit ambulanter Hilfe besser dran als mit einer Einweisung in die Psychiatrie. Doch während in Italien die Anstalten schon in den 70er-Jahren dicht gemacht wurden, kommt die Psychiatriereform bei uns nur langsam voran. Ein neuer Chefarzt in Bremen will den Zwang abschaffen 43–45 <https://www.taz.de/!5787728> taz vom Samstag, 31.7. (Seite 54) „Daran könnte man schon verrückt werden“ von Eiken Bruhn Martin Zinkler, seit Juni Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Klinikum Bremen-Ost, will nicht nur den Umbau der Psychiatrie voranbringen – weg von einer stationären, hin zu einer ambulanten Versorgung. Er will auch den Behandlungszwang komplett abschaffen, die Entscheidung über Hilfsangebote soll den Betroffenen überlassen werden <https://www.taz.de/!5787242> taz vom Samstag, 31.7. (Seite 55-56) Avantgarde in Dithmarschen von Esther Geißlinger In Schleswig-Holstein setzen Kliniken auf ambulante Therapie. Die Bettenpauschalen haben sie abgeschafft <https://www.taz.de/!5787718>

2

Zähne für Fredy!

Danke, Harald Rau! Sehr geehrter Herr Dr. Rau, wir haben Sie auf diesen Seiten schon des öfteren, auch in scharfem Tone, kritisiert, nun wollen wir Sie zur Abwechslung einmal loben, und zwar ebenfalls für eine Aktion mit Herz. Ich gebe noch einmal Martin Stankowski das Wort, denn der hat Ihnen ja geschrieben. Seinem Dank schließen wir uns im Namen des schwer behinderten Fredy Bettelmann an, der seit über 30 Jahren gleichberechtigt in unserer SSM-Gemeinschaft lebt und mit uns wohnt und arbeitet:

Am 26.07.2021 um 19:36 schrieb Martin Stankowski [<info@martin-stankowski.de>](mailto:info@martin-stankowski.de):

"Sehr geehrter Harald Rau,

gestern habe ich den Bescheid der Stadt Köln gesehen, nach dem die Stadt für die Zahnbehandlung von Freddy Bettelmann vom SSM aufkommt und zwar aus Mitteln der Stiftung mit dem treffenden Namen "für in Not geratene Einwohner". Ich finde das ebenso erfreulich wie erstaunlich, vor allem weil es kaum noch zu erwarten war, nachdem ja ein erster Versuch gescheitert ist.

Vor allem Ihnen ist es zu verdanken, daß dieser Weg gefunden und gegangen wurde. Und dazu herzlichen Glückwunsch.

Ich freue mich natürlich auch, bei Gelegenheit dieses Beispiel wie auch den Beigeordnete Rau als erwähnenswerte Ausnahmen einer Stadt und Stadtverwaltung nennen zu können.

Dank also und ich darf dieses Schreiben den Herren Heinlein und Pätzold zukommen lassen, deren möglicherweise geäußertes Interesse für Freddy Bettelmann möglicherweise ihre Entscheidung beeinflussen half.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Martin Stankowski"

3

Mahnwache der unabhängigen iranischen Frauengruppe

Heute Mittag stehen Sie wieder vor dem Hauptbahnhof, die Frauen aus dem Iran, die gegen Folter und Hinrichtungen protestieren.

1933 bis 1945, als bei uns in Deutschland der Terror herrschte, waren wir auf Hilfe von außen angewiesen, jetzt sind es die Iraner.

Samstag, 31. Juli 2021 von 12 – 13 Uhr auf dem Bahnhofvorplatz

Mahnwache der unabhängigen iranischen Frauengruppe

Gegen Folter und Todesstrafe im Iran
Für die Freilassung aller politischen Gefangenen

Aktuelle Meldungen aus dem Iran

Tödliche Proteste gegen Wassermangel

Die iranische Provinz Khuzestan wird seit Monaten von einer Dürre geplagt. Die Bevölkerung macht die Regierung dafür mitverantwortlich und geht aus Protest auf die Straße. Der Staat reagiert

einmal mehr mit Härte.

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-wassermangel-proteste-101.html>

<<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-wassermangel-proteste-101.html>>



Ein Land im Protestmodus

Durstende Iraner fordern Wasser und bekommen Schüsse

<https://www.tagesspiegel.de/politik/ein-land-im-protestmodus-durstende-iraner-fordern-wasser-und-bekommen-schuesse/27469474.html>

<<https://www.tagesspiegel.de/politik/ein-land-im-protestmodus-durstende-iraner-fordern-wasser-und-bekommen-schuesse/27469474.html>>

Wassermangel und Stromausfälle treiben die Iraner auf die Straßen.

Die Regierung unter dem frisch gewählten Präsidenten Ebrahim Raisi lässt die Proteste gewaltsam niederschlagen. Mindestens acht Menschen wurden bereits getötet.

Für den Iran-Experten Behrouz Khosrozaeh scheint eine Revolution nicht mehr weit.

<https://web.de/magazine/politik/iran-experte-protesten-khuzestan-iran-riecht-revolution-36041452>

<<https://web.de/magazine/politik/iran-experte-protesten-khuzestan-iran-riecht-revolution-36041452>>

Iran vor der Machtübernahme von Ebrahim Raisi: Das Regime hat dafür gesorgt, dass ein Schlächter der nächste Präsident wird. Und nun will es den Menschen auch noch ihren letzten Schatz rauben. Wehe ihm, falls es damit Erfolg hat. Gastkommentar von Shahriar Mandanipour

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/iran-ebrahim-raissi-1.5360938>

<<https://www.sueddeutsche.de/meinung/iran-ebrahim-raissi-1.5360938>>

4

Volkserfolg im Kampf um die Egonstraße

In Ihrem Bestreben, die Siedlung Egonstraße platt zu machen, hat die Stadt Köln eine herbe Niederlage erlitten:

Das Haus der Familie Dämgen, Egonstraße 100, das nach einem auf dem städtischen Nachbargrundstück entstandenen Brand von der Stadt geräumt und abgerissen werden sollte, muss nun wieder repariert und aufgebaut werden.

Das wurde in einem Vergleich vor dem Amtsgericht Köln unter Leitung von Richter Tabor zwischen der Liegenschaftsverwaltung und den Anwälten der Familie Dämgen vereinbart.

Zwei Jahre hat die Familie vor dem eigenen Haus im Wohnwagen kampiert, um die städtischen Beamt:innen daran zu hindern, gegen Recht und Gesetz vollendete Tatsachen zu schaffen.

Nun haben Helmut und Martina gesiegt!

Wir alle gratulieren von Herzen!

ein beschämendes Kapitel Kölscher Geschichte ist damit beendet.

Jetzt kämpfen wir um die nächsten Baugenehmigungen.

(Wir berichten weiter!)

5

Für eine Stadt ohne Armut:

"Seit Jahren berichten die Medien von der zunehmenden sozialen Ungleichheit. Wie in einem aktuellen Spiegel-Beitrag hervorgehoben wird, ist das auch in den regierungs-amtlichen Armuts- und Reichtumsberichten dokumentiert - und es geschieht nichts.

Deshalb sollten alle Initiativen, die den Obdachlosen helfen mit den Obdachlosen zusammen überlegen, wie man den Druck auf die Entscheidungsträger erhöhen kann:

Für eine Stadt ohne Obdachlosigkeit

Für eine Stadt ohne Drogentote

Für eine Stadt ohne Gewalt gegen Frauen und Kinder

Für eine Stadt ohne Armut

<https://www.spiegel.de/kultur/16-jahre-angela-merkel-armut-muss-man-sich-leisten-koennen-kolumne-a-4381d3f4-862e-490c-9777-f4ce953f4d27> <<https://www.spiegel.de/kultur/16-jahre-angela-merkel-armut-muss-man-sich-leisten-koennen-kolumne-a-4381d3f4-862e-490c-9777-f4ce953f4d27>>

Vonovia und Deutsche Wohnen: Mega-Deal vorerst gescheitert

https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/immobilien-bochum-vonovia-und-deutsche-wohnen-mega-deal-vorerst-gescheitert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210723-99-497300?fbclid=IwAR0tkRINe2drCEL1-DG-5NNcgF_G7pYUMt3Bot898Y1FUlwB9ErtKWrgRH8
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/immobilien-bochum-vonovia-und-deutsche-wohnen-mega-deal-vorerst-gescheitert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210723-99-497300?fbclid=IwAR0tkRINe2drCEL1-DG-5NNcgF_G7pYUMt3Bot898Y1FUlwB9ErtKWrgRH8>

Niki Kubaczek / Monika Mokre (Hrsg.) Die Stadt als Stätte der Solidarität
Der große Sammelband ordnet die Kämpfe und Hoffnungen um die Solidarische Stadt in einer postmigrantischen Gesellschaft.

<https://kritisch-lesen.de/rezension/solidaritat-braucht-vorstellungskraft?fbclid=IwAR15HCn-tnpI5q1ipfdMir8A8FTVKSa840h0ekACEgveG-nS4n7jTtuhv7o> <<https://kritisch-lesen.de/rezension/solidaritat-braucht-vorstellungskraft?fbclid=IwAR15HCn-tnpI5q1ipfdMir8A8FTVKSa840h0ekACEgveG-nS4n7jTtuhv7o>>

Der Traum von der „marktgerechten Stadt“

Die neoliberale Deformation der Berliner Wohnungspolitik und der Verwaltung ist noch lange nicht überwunden

Von Andrej Holm

<https://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2020/me-single/article/der-traum-von-der-marktgerechten-stadt/> <<https://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2020/me-single/article/der-traum-von-der-marktgerechten-stadt/>>

Die Grünen wollen den Druck des Enteignungs-Volksentscheides für ein anderes Ziel nutzen. Damit missbrauchen sie das demokratische Instrument.

<https://taz.de/Mietenschutzschirm-der-Gruenen!/5786041/> <<https://taz.de/Mietenschutzschirm-der-Gruenen!/5786041/>>

"Der Mindestlohn ist zu niedrig und die Mieten zu hoch - das ist das Ergebnis einer verfehlten Arbeits- und Sozialpolitik der Bundesregierung", sagt sie mit Blick auf die Antworten der Regierung auf die von ihr gestellten Anfrage.

<https://www.nordbayern.de/politik/bayern-mindestlohn-reicht-nicht-fur-durchschnittsmiete-1.11220246?fbclid=IwAR3uaEega2Il6NgERRGqs0fnsjjnBqOzJ7MisU531UYQMdx4v4P9CIIURwQ>
<<https://www.nordbayern.de/politik/bayern-mindestlohn-reicht-nicht-fur-durchschnittsmiete-1.11220246?fbclid=IwAR3uaEega2Il6NgERRGqs0fnsjjnBqOzJ7MisU531UYQMdx4v4P9CIIURwQ>>

6

Die Verwaltungsposse um die öffentlichen Toiletten am Wiener Platz geht in die nächste Runde

Die Sauberkeit und Hygiene in der Stadt ist eine der klassischen Bereiche von Sicherheit und Ordnung. Zuständig: Die Stadtdirektorin und Ordnungsdezernentin Andrea Blome, gelernte Architektin und vielgerühmte Verkehrsexpertin.

Frau Reker und Ihr Verwaltungsstab haben es nun geschafft, diese Frage dem Sozialdezernenten Harald Rau zuzuschieben. Begründung: auf die Toiletten gehen ja auch Obdachlose, und für die ist nun mal das Sozialreferat zuständig.

Genau so gut könnte man Harald Rau die Verkehrsplanung zuschieben, in der sich Frau Blome in

den letzten Jahren auch nicht mit Ruhm bekleckert hat, denn die Obdachlosen nutzen die Straßen der Stadt bekanntlich am intensivsten: sie wohnen sogar darauf!

Die Kölsche Lösung: Es bleibt erst mal alles, wie's ist.

und hier muss ich wieder den guten alten Juvenal zitieren: "es ist (manchmal) schwierig, KEINE Satire zu schreiben.."

Lesen Sie im Anhang die Verwaltungsvorlage und den Artikel des Kölner Stadtanzeiger

Anhang 1 und 2

7

Überfall der NRW-Polizei auf eine christliche Prozession in Hamm

Nach dem Überfall der NRW-Polizei auf eine christliche Prozession in Hamm wegen eines Papstzitates befasst sich Peter Bürger in einem Artikel auf telepolis mit dem Zustand der christlichen Kirchen:

Anhang 3

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kippe, SSM

Es folgen drei Anhänge



Schlossknacker Nils Trexler und Sirius Schmidt betreiben mit viel Geduld Lockpicking *Seite 35*

Streit um Tempo 30 an der Stadtgrenze

Ehemaliger Bezirkspolitiker setzt sich für Verkehrsberuhigung ein – Stadt sieht keinen Bedarf

VON UWE SCHÄFER

Dellbrück. Hans Stengle ist maßlos enttäuscht. Der ehemalige SPD-Bezirksvertreter entdeckte beim Lesen der Unterlagen zur jüngsten Sitzung des Gremiums, dass einer seiner Anträge vom Dezember 2019 abgelehnt worden ist. Er hatte gehofft, dass auf dem Bensberger Marktweg zwischen der Kreuzung Mielenforster Straße und der Stadtgrenze zu Bergisch Gladbach künftig ein Tempolimit von 30 Kilometern pro Stunde eingeführt wird und ein Durchfahrtsverbot für Lkw ab 2,5 Tonnen gilt.

Der Bensberger Marktweg verbindet den Süden Dellbrücks mit dem Bergisch Gladbacher Stadtteil Refrath. Direkt an der Stadtgrenze gibt es entlang der Straße eine relativ abgeschiedene Siedlung. Mitten in diesem Wohngebiet kreuzt der Penningsfelder Weg die Straße. Auf beiden herrscht reger Verkehr. „In meiner Zeit als Bezirksver-



Der ehemalige Bezirkspolitiker Hans Stengle kann nicht verstehen, dass die Stadt nun doch die Einführung von Tempo 30 auf dem Bensberger Marktweg ablehnt. Foto: Uwe Schäfer

Anzeige

HERWEG - ROTH
Bestattungen und Trauerbegleitung

Trauer ist Liebe.

Telefon jederzeit (0221) 968 45 40
Dellbrücker Hauptstr. 152, 51069 Köln,
www.herweg-roth.de

„Pendler umfahren damit das Nadelöhr Bergisch Gladbacher Straße

Hans Stengle, SPD



Durchgangsstraße – was gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung spreche.

„Das kann ich alles nicht nachvollziehen“, beharrt Hans Stengle. Noch 2020 habe es eine Besichtigung mit Vertretern der Bezirksvertretung, Dietmar Reddel vom Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung sowie der Mülheimer Bürgeramtsleiterin Susanne Hohenforst gegeben. „Damals sicherte uns Herr Reddel zu, dass Tempo 30 kommt“, schildert er. Dieser habe sich darauf bezogen, dass alle Straßen auf Bergisch Gladbacher Seite ebenfalls verkehrsberuhigt seien. Außerdem sei er überrascht gewesen, lange Staus auf dem Penningsfelder Weg vorzufinden.

Für den ehemaligen Kommunalpolitiker ist klar: „Ich werde mich weiter für die Sache einsetzen. Dafür muss man kein Bezirksvertreter sein.“

treter beklagten mir gegenüber immer wieder viele Anwohner der Straße das hohe Verkehrsaufkommen. Auch wird hier oft genug zu schnell gefahren“, schildert er. Er kann das aus eigener Erfahrung bestätigen: Stengle lebt selbst hier und kennt die Probleme.

„Der Bensberger Marktweg und Penningsfelder Weg werden

intensiv von Pendlern aus Bergisch Gladbach genutzt, die damit das Nadelöhr Bergisch Gladbacher Straße umfahren wollen“, begründet er sein Ansinnen.

Besonders im Berufsverkehr komme es immer wieder zu langen Staus auf dem Penningsfelder Weg, weil dieser untergeordnet und die Kreuzung unüber-

sichtlich ist. Auf dem Bensberger Marktweg wiederum werde oft zu schnell gefahren: „Das birgt ein hohes Unfallrisiko.“ Dazu kommt, dass ab der Stadtgrenze, auf der Bergisch Gladbacher Seite, Tempo 30 gelte und dort nur langsames Fahren möglich ist.

Die Stadt teilte mit, sie befürworte weder ein Tempolimit

noch ein Fahrverbot für Lkw mit mehr als 2,5 Tonnen. Beides sei nicht gerechtfertigt. So fehlten die Voraussetzungen wie ortsansässige Schulen, Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen mit direktem Zugang zur Straße. Auch sei sie kein Unfallschwerpunkt und darüber hinaus eine Verbindungsstraße nach Bergisch Gladbach – also eine

Künstler geben Einblicke in ihre Arbeit

Das Projekt „Baufeld 12“ zeigt Installationen im Kalker Wohnquartier

Kalk. Seit gut drei Monaten wercken Künstlerinnen und Künstler in dem leerstehenden Kalker Wohnquartier „Baufeld 12“ zwischen Lilienthalstraße, Steinmetzstraße und Dieselstraße. Es gehört der GAG Immobilien AG, die das gleichnamige Kunstprojekt in Kooperation mit der Stiftung Kalkgestalten durchführt. Am Samstag, 31. Juli, hat die Öffentlichkeit von 13 bis 17 Uhr Gelegenheit, im Innenhof von Baufeld 12 (Zugang über Lilienthalstraße 20) einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Unter dem Motto „Kalk trifft das Baufeld 12“ präsentieren die Kunstschaffenden dann an einem Tag der offenen Tür einen Teil der bislang entstandenen Kunstwerke und Installationen. Für die musikalische Begleitung sorgt die Kalker Band „Nine Steps“. Die Erdgeschosswohnungen im GAG-Quartier werden als „Pop up-Ateliers“ genutzt, bis sie im kommenden Jahr durch Neubauten ersetzt werden. Derzeit arbeiten dort 32 Künstlerinnen und Künstler. (hwh)

Basketball beim DJK-Ost

Neubrück. Vom 2. bis zum 6. August bietet die DJK Köln-Ost wieder jeweils von 14 bis 17 Uhr Basketball und Volleyball an. Sowohl Anfänger als auch Fortgeschrittene können hier mitmachen. Treffpunkt ist der Neubrücker Markt, An St. Adelheid, je nach Wetterlage, geht es dann auf Plätze oder in die Halle. Das Angebot ist kostenlos und für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zehn und 16 Jahren gedacht. Bitte vorher unter Telefon 0172/2850277 anmelden. (hwh)

Tennis-Camp für Jugendliche in den Ferien

Buchheim. Sommer, Sonne, Tennis – das ist in der fünften Ferienwoche das Motto eines Angebots des MTV 1850 Köln. Von Montag, 2. August bis Freitag, 6. August, finden auf der Vereins-sportanlage Herler Ring Tennis-Camps für Kinder und Jugendliche statt. Die Camps sind in zwei Altersgruppen unterteilt. Vormittags, findet von 9 bis 12 Uhr das Angebot für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren statt. Ein Camp für die elf- bis 14-Jährigen folgt von 12.30 bis 15.30 Uhr. Auf den MTV-Tennisplätzen lernen Anfänger erste Spieltechniken kennen. Fortgeschrittene können ihre technischen Spielmöglichkeiten verfeinern. Neben dem Training werden spielerische Übungen angeboten. Weitere Infos gibt es über die Geschäftsstelle, Rufnummer 0221/969703, oder online. (aef) www.mtv-koeln.de

Mahnwache für fehlende Sanitäreinrichtungen

Toiletten-Provisorium für Obdachlose auf dem Wiener Platz wird zunächst verlängert

Mülheim. Wenn man auf der Straße lebt, sind selbst die alltäglichsten Dinge keine Selbstverständlichkeit mehr. Selbst der Toilettengang, der an einem intimeren Ort sein sollte, als in einer öffentlichen Parkanlage oder einer U-Bahn-Station, zählt dazu.

Extra Mitarbeiter eingestellt

Aus diesem Grund baut Linda Rennings mit mehreren Helferinnen und Helfern ihren Stand auf dem Wiener Platz auf. Obdachlose Freunde von Rennings packen mit an, die Aktion liegt jedem sehr am Herzen. Die Mahnwache soll auf die fehlenden öffentlichen Sanitäreinrichtungen für alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere jedoch Obdachlose, hinweisen. Gleichzeitig sollen dafür Unterschriften gesammelt werden. Auch Rennings war für lange Zeit obdachlos und

setzt sich im Rahmen der von ihr gegründeten Organisation „Heimatlos in Köln“ (HiK) besonders für Frauen und Mädchen ein, die auf der Straße leben.

Der Anlass der Aktion ist nicht neu: Bereits Anfang Mai wurden hier für zwei Monate provisorisch öffentliche Toiletten installiert, nachdem die Bezirksvertretung Mülheim bei der Stadt Köln darauf gepocht hatte. Vorerst war alles geregelt, es wurden Mitarbeiter eingestellt, die ein festes Gehalt und einen Arbeitsvertrag erhielten. Für die Räumlichkeiten wurde ein ungenutzter Toilettenwagen des ansässigen Biergartens „Zoch“ zur Verfügung gestellt. Sowohl der Betreiber des Biergartens, als auch Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs und Kemal Bozay vom Verein Interkultur sprachen sich zu diesem Zeitpunkt bereits dafür aus, dass nach Ablauf der

zwei Monate eine dauerhafte Lösung zu finden sei.

Nachdem der Biergarten auf dem Wiener Platz zuletzt allerdings wieder öffnen durfte, wur-

de nun doch die Übergangslösung verlängert. Aus einer Meldung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren der Stadt geht jedoch hervor,



„Heimatlos in Köln“ (HiK) setzt sich für feste Toilettenanlagen auf dem Wiener Platz ein. Foto: Bause

dass eine Dauerlösung nochmal zu überdenken sei. Demnach müsse zunächst geprüft werden, ob der Bedarf überhaupt noch bestünde, sobald „vorhandene allgemeine Toilettenangebote“ nach Ende des Lockdowns wieder zugänglich würden. Sollte dann „ein allgemeiner Bedarf für alle Menschen am Wiener Platz gesehen werden“, werde man die Mitwirkung an einer Dauerlösung sicherstellen. Eine Passantin findet: „Mülheim ist ein sozialer Brennpunkt, es sollte also auch viele soziale Einrichtungen geben.“ Für Lina Rennings wird dies nicht das letzte Projekt bleiben, sie hat noch mehr Pläne. Dazu zählt unter anderem ein Bürocontainer, in dem die Obdachlosen ihre wichtigsten Dokumente aufbewahren können, einen „Safe space“, so Rennings. „Ohne Angebot kann sich nichts ändern“, stellt sie klar. (ant)

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	26.08.2021

Toilettensituation in Mülheim, Wiener Platz

Während des langanhaltenden Corona-Lockdowns wurde deutlich, dass u.a. am Wiener Platz in Köln-Mülheim ein Defizit an öffentlich zugänglichen Toiletten besteht.

Der Wiener Platz als zentraler Platz in Mülheim und der nahe gelegene Stadtgarten stellen für einen großen Bevölkerungsanteil einen beliebten Aufenthaltsort und Treffpunkt dar. Dies liegt u. a. auch an der KVB-Haltestelle, die verschiedene Umsteigemöglichkeiten bietet.

Es ist naheliegend, dass auch obdachlose Menschen, teilweise mit Suchterkrankungen diesen Platz als Aufenthaltsort oder für soziale Kontakte nutzen. Der Anteil der obdachlosen Menschen ist jedoch vergleichsweise klein, die Menschen sind mobil und haben i.d.R. Bezüge in den linksrheinischen Bereich, wo sie ihre existentiellen Bedürfnisse in den Kontakt- und Beratungsstellen, den Kontaktläden der Drogenhilfe oder im Gulliver befriedigen.

Die weitaus größere Zahl, der allgemein als auffällig wahrgenommenen Menschen ist keineswegs obdachlos, sondern verfügt über Wohnraum.

Hieraus wird deutlich, dass die Toilettensituation am Wiener Platz kein vorrangiges Problem von obdachlosen Menschen ist, sondern ein allgemeines Defizit an öffentlichen Toiletten offenlegt, insbesondere auf Grund der pandemiebedingten Schließung der vorhandenen öffentlichen Toilette im Bezirksrathaus Mülheim.

Auf Initiative des Bürgeramtes Mülheim konnte ab dem 01.05.2021 eine Interimslösung eingerichtet werden. Der Pächter des Bistros im Bezirksrathaus stellt einen Toilettenwagen, den er bislang für den Betrieb seiner Außengastronomie nutzte, zunächst bis zum 30.06.2021 zur Verfügung. Die Betreuung dieses Toilettenwagens hat der Verein Interkultur e.V. übernommen, finanziert durch die Sozialverwaltung.

Aktuell hat sich die Möglichkeit ergeben, dieses Interimsangebot über den 30.06.2021 hinaus zu verlängern. Die Sozialverwaltung prüft dies gegenwärtig intensiv mit dem Ziel einer Verlängerung.

Darüber hinaus wurden Gespräche zum Landschaftsverband Rheinland aufgegriffen, um auf der Grundlage einer konkreten Bedarfsprüfung die Einrichtung einer Kontakt und Beratungsstelle in Verbindung mit einem Kontaktladen der Drogenhilfe nebst Toilettenangebot für obdachlose Menschen nach § 67 SGB XII zu prüfen.

Dies wird jedoch voraussichtlich nicht den konkreten Bedarf der überwiegend nicht obdachlosen Menschen am Wiener Platz abdecken.

Zentrale Frage ist, ob es pandemiebedingt oder nach Öffnung der vorhandenen allgemeinen Toilettenangebote am Wiener Platz den Bedarf für die Entwicklung eines allgemeinen Toilettenkonzeptes mit der erforderlichen allgemeinen Fachexpertise am Wiener Platz gibt.

Entsprechend befindet sich die Frage der Federführung und der Zuständigkeiten für die Installation und den Betrieb einer dauerhaften öffentlichen Toilettenanlage entweder 1) nur für obdachlose Menschen oder 2) für alle Menschen, die sich am Wiener Platz aufhalten gegenwärtig im verwaltungsin-

ternen Klärungsprozess, um die notwendige Fachexpertise sicherzustellen. Bei der Konzeption einer öffentlichen Toilettenanlage für alle Menschen sind vielschichtige gesamtstädtische Aspekte zu berücksichtigen. Sofern ein allgemeiner Bedarf für alle Menschen am Wiener Platz gesehen wird und mit der Ermöglichung einer inklusiven Nutzung öffentlicher Toiletten durch obdachlose Menschen eine zusätzliche Betreuung oder Begleitung bedarf, wird Dezernat V die hierfür erforderliche Mitwirkung sicherstellen.

Gez. Dr. Rau

Wie christenfreundlich ist die CDU?

Unter NRW-Ministerpräsident Armin Laschet geht die Polizei gegen fromme Pilger vor, die die Kritik des Papstes an einer todbringenden Wirtschaft zitieren

Peter Bürger

[Aus: telepolis, 27.07.2021. <https://www.heise.de/tp/features/Wie-christenfreundlich-ist-die-CDU-6148412.html?seite=all>]

In El Salvador durfte man zur Zeit des 1980er im Auftrag der Oligarchie ermordeten Märtyrerbischofs Oscar Romero nicht ungestraft die Bibel zitieren, sofern die privilegierte Minderheit dadurch ihre „Freiheitsrechte“ auf grenzenlose Sicherung und Vermehrung des eigenen Reichtums bedroht sah.¹

In dem vom Katholiken Armin Laschet regierten Nordrhein-Westfalen ist die Polizei jüngst rabiat gegen einen frommen Pilgerzug zum Schutz des Lebensraums Erde vorgegangen, der als Transparent ein Zitat von Papst Franziskus mit sich führte: „Diese Wirtschaft tötet!“² Die Vertreter der Ordnungsmacht im westfälischen Hamm setzten laut Augenzeugenberichten³ am vergangenen Freitag ihre physische Körperkraft (mit Verwundungsfolge) ein, zeigten u.a. einsatzbereites Pfefferspray und legten einem Beteiligten Handschellen an. Sie hätten kurzerhand das Papst-Bannerverbot und obendrein ein Hungertuch der römisch-katholischen Hilfsorganisation Misereor in der Pilgergruppe.

Die von Pilgerinnen wiedergegebene Polizeibegründung – das Bischofswort aus Rom sei nicht religiös, sondern politisch – entspreche genau dem Duktus der Staatsdekrete, die einst in Lateinamerika gegen die Kirche der Armen erlassen wurden.

Gemäß der Doktrin von Margaret Thatcher hat sich jegliches Kirchtum auf ein platonisches, unsichtbares „Seelenheil“ zu richten, ansonsten aber zur Zerstörung von Menschenleben und Lebensräumen durch die neoliberale Wirtschaftsreligion zu schweigen.

Der ungeheuerliche Vorgang an Schloss Oberwerries bei Hamm bewegte sogar das von der deutschen Bischofskonferenz initiierte – sehr staatstragende und CDU-freundliche – Portal katholisch.de zu einem Klartext-Bericht.⁴ Inzwischen ist dort auch eine Gegendarstellung der Polizei zu lesen, die die Transparent-Verbote abstreitet.⁵

Nordrhein-Westfalen ist mitnichten ein Hort der Liberalität

Unsere Gesellschaft ist innerhalb weniger Jahre in der Breite so weit nach rechts gerückt, dass der SPD-Parlamentarier⁶ aus dem hochsauerländischen Wahlkreis von Friedrich Merz – ein Sympathisant der National-Sozialdemokraten⁷ in Dänemark – die CDU namentlich in der Migrationsfrage offenbar rechts überholen möchte. Unter solchen Vorzeichen konnte leicht das Gerücht aufkommen, der freundlich-rheinische Armin Laschet sei Sachwalter einer liberalen Christdemokratie.

¹<https://www.heise.de/tp/features/Oscar-Romero-und-die-Militaerkerche-4689656.html>

²<https://kreuzweg-gorleben-garzweiler.de/>

³<https://kreuzweg-gorleben-garzweiler.de/2021/07/23/polizei-stoppt-pilgerweg-kreuztraeger-festgenommen/>

⁴<https://www.katholisch.de/artikel/30689-kreuzweg-fuer-die-schoepfung-polizei-verbietet-banner-mit-papst-zitat>

⁵<https://www.katholisch.de/artikel/30707-polizei-papst-zitat-bei-klimapilgern-nicht-beanstandet>

⁶<https://www.fr.de/meinung/kolumnen/wiese-gegen-merz-90477898.html>

⁷<https://www.sueddeutsche.de/politik/daenemark-wahl-sozialdemokraten-parlamentswahl-1.4477068>

Die nordrhein-westfälischen Erfahrungen von nonkonformen Bürger*innen entsprechen diesem Wunschbild leider nicht. Schon im letzten Jahr hatten die Sprecher*innen des Instituts für Theologie und Politik (Münster) Anlass, das repressive Vorgehen der NRW-Polizei auch gegen christliche, von Papst Franziskus inspirierte Aktivist*innenwider eine in ökologischer Hinsicht verheerende Landespolitik zu beklagen.⁸

Beim diesjährigen Friedens-Ostermarsch in der Landeshauptstadt Düsseldorf konnte ich selbst das Auftreten unverhältnismäßig vieler Polizeikräfte erleben, die durch ihre dunklen neuen Uniformen das Signal eines militarisierten schwarzen Blocks aussendeten, dabei ihre Schusswaffen nebst Schlagstöcken demonstrativ offen am Gürtel trugen. So etwas habe ich in den letzten zwei Jahrzehnten bei keinem einzigen Ostermarsch erlebt.

Ein von mir befragter junger Einsatzleiter fand die Ausstattung nur zeitgemäß, chic, modern. Der alte SchuPo in freundlichem „Grün“ – der kommt heute ins Museum. Sind auch solche Erscheinungen Vorboten eines neuen „marktkonformen Demokratieverständnisses“ in NRW?

Es regieren im Land die Wirtschafts-CDU und eine Wirtschafts-FDP, die scheinbar jegliche Erinnerung an den Freiheitsflügel der bürgerlichen Revolution von 1848 ausgelöscht hat und als bürgerrechtliches Korrektiv ausfällt.

Beide Parteien wollen ein neues, auf viele abschreckend wirkendes Versammlungsgesetz⁹ auf den Weg bringen, das u.a. von Gewerkschaften, dem Bund der Antifaschist*innen und Umweltschützer*innen kritisiert wird. Sollen Bürger*innen, die arglos ihre verfassungsgemäßen Grundrechte wahrnehmen, wirklich mit Drohnen gefilmt werden? Soll antifaschistischer Widerstand gegen jene rechtsextremistischen Kräfte, auf deren Konto die Ermordung des couragierten Christdemokraten Walter Lübcke geht, nahezu unmöglich gemacht werden? Sollen Trainings für gewaltfreie Widerstandsformen gegen eine Politik zugunsten der Profite und auf Kosten der menschlichen Lebensgrundlagen wirklich verboten werden? (Effektiver könnte man eine Gewaltzunahme in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre nicht vorprogrammieren.)

Wer die alte preußische Tugend – „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ – einhält, braucht natürlich nichts zu befürchten. Wer schön zuhause bleibt an Aktionstagen und sein Christsein nur in sakralen Kirchenräumen „auslebt“, kommt auch nicht in die Gefahr, mit Polizeiaktivitäten Bekanntschaft zu machen, die mit dem schönen Bild vom „Freund und Helfer“ nichts gemeinsam haben. (Es mögen sich bei dieser Gelegenheit alle Frauen und Männer im Polizeidienst herzlichst begrüßt fühlen, die wider den Zeittrend an einer unbeirraren Leidenschaft für die Grundrechtsartikel unserer Verfassung festhalten!)

Der Pilgerweg geht weiter und lässt sich nicht zensieren

Der Kreuzweg für die Schöpfung von Gorleben nach Garzweiler (4. Juli - 1. August 2021) ist gottlob nicht gestoppt und wird sich auch nicht das Recht nehmen lassen, eine Religion frei auszuüben, deren Auftrag der Schutz des verwundbaren, heute durch rücksichtslose ökonomische Komplexe bedrohten Lebens ist.

Das Ökumenische Institut für Friedenstheologie, dessen Moderationsteam ich angehöre, hat als Unterstützerin des Pilgerweges in Etappen einen Offenen Brief an den NRW-Innenminister geschrieben. Der Text wird am Ende dieses Debattenbeitrags ungekürzt dokumentiert.

Unser Institutskollege Prof. Thomas Nauerth berichtet von seiner Teilnahme an der „Etappe Lünen - Datteln“¹⁰ am Sonntag:

⁸<https://www.itpol.de/theologinnen-ueber-nacht-eingesperrt/>

⁹<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/versammlungsgesetz-nrw-anhoerung-landtag-100.html>

¹⁰<https://kreuzweg-gorleben-garzweiler.de/etappen/>

Wir wollten auch sehen, ob ein katholischer Theologe hierzulande noch mit Papstzitatenspaziergängen gehen darf. Die Gruppe ist stark durchgeschüttelt von den Ereignissen, aber sie macht weiter, auch die verletzte Frau war wieder dabei, wenn auch mit Rad als Gehhilfe und teilweise im Auto. Zwei andere ältere Frauen haben übrigens vom polizeilichen "Festhalten" deutlich sichtbare Hämatome am Oberarm. Selbstklagen wegen Körperverletzung wollen sie nicht, aber es sind eben drei Klagen anhängig wegen Widerstand gegen Staatsgewalt usw. Noch sind diese Anzeigen nicht zurückgezogen! (...)

Die Polizei ist weiter hochnervös. In Lünen und Datteln stehen die beiden letzten neu gebauten Kohlemeiler, vor Datteln war mit lokaler Bürgerinitiative und Musikern eine Kundgebung geplant (und angemeldet!). Am Tag kamen immer wieder Meldungen durch, von Schikanen der Polizei, die seit dem Morgen den Meiler bewachte, Personenkontrolle bei Radfahrern mit Anti-Kohle Aufkleber: "Wir haben Sie im Blick"; Durchsuchung des Begleitfahrzeugs usw.

Wir wurden von Polizeibooten auf dem Kanal und einer Hundertschaft (!!!) Polizei empfangen. Surreal, wir waren knapp 20 Pilger, durchaus älteren Baujahrs. Die Gruppe hatte sich schriftlich gegen die Auflage bzgl. Misereor-Plakat und Papstaussage gewandt und wir haben beide Transparente gestern mitgeführt. Die Polizei hat es "geduldet".

Die Gruppe war sehr überwältigt von aller Solidarität. Und ich muss sagen, ich war beeindruckt von der "Frömmigkeit", die in dieser Gruppe immer wieder zu spüren war, ungeachtet, welche kirchlichen (Nicht-)beheimatungen vorliegen (...)

apl. Prof. Dr. theol. Thomas Nauwerth

Man stelle sich vor, mit ähnlicher Entschiedenheit würden die staatlich noch immer privilegierten Großkirchen – abseits folgenloser Predigtsalven – die ökologischen Aufrufe des Papstes und der globalen Ökumene hierzulande in die Öffentlichkeit tragen und sich selbst verpflichten, jegliche Zusammenarbeit mit allen Komplexen zu verweigern, die unseren Lebensraum zerstören. Dann würde der Wahlkampf-Herbst in deutschen Ländern wohl ein wenig bunter werden.

Weltkirchlich orientierte Christ*innen sollten sich auf eisige Zeiten vorbereiten

Die Anzeichen mehren sich, dass Christ*innen, die mit einer Ausrichtung an Jesus von Nazareth Ernst machen, sich auf eisige Zeiten vorbereiten müssen. Zum biblisch beurkundeten Auftrag christlicher Gemeinschaften gehört es vordringlich, die Einheit des ganzen Menschengeschlechts zu bezeugen und bedrohten Migranten Schutz zu gewähren. Freie Religionsausübung heißt in diesem Fall, ein Recht auf mitmenschliche Praxis wahrzunehmen.

Der CDU-Politiker und prominente Protestant Lothar de Maizere, von den Großkirchen unverdrossen auf Kirchentagen hofiert, ist seit langem Vorreiter einer Kampagne gegen die Gewährung des Kirchenasyls. Nonnen, die nicht parieren, werden vor Gerichten z.B. in Bamberg¹¹ oder in Würzburg¹² angeklagt. Christinnen, die Menschengeschwister aus anderen Ländern schützen, wurde jüngst durch einen Richter ganz gemäß „de Maizere-Logik“ vorgeworfen, sie wollten eine theokratische Rechtsordnung¹³ beanspruchen.

Anders ausgerichtete Kreise des sich auflösenden Bürger- und Behördenkirchentums folgen ganz der in Deutschland so „traditionsreichen“ Nationallinie, als wenn es weder Weltkirche

11 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/oberfranken-kirchenasyl-benediktinerinnen-prozess-1.4971965>

12 <https://www.katholisch.de/artikel/30071-katholische-ordensfrau-wegen-kirchenasyl-schuldig-gesprochen>

13 <https://www.katholisch.de/artikel/30546-jesuit-mueller-ueber-kirchenasyl-das-sind-keine-akten-sondern-menschen>

noch globale Ökumene gäbe. Man erprobt seinen enormen „Mut“ einzig auf dem Feld der – so lange verschleppten – *innerkirchlichen* Reformen und beschränkt sich bei den großen Zivilisationsfragen der Menschheit (Ökologie, Wirtschaft, Frieden) auf nichtssagende Pressemitteilungen ohne Konfliktpotential und ohne Konsequenzen.

Die katholische Militärministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) verfolgt bezogen auf deutsche Atomwaffendepots, den rasanten Aufrüstungskurs und neue Militärtechnologien das genaue Gegenteil dessen, was Papst Franziskus der menschlichen Zivilisation im Namen Jesu und der Vernunft vorschlägt.

Zur Belohnung für diese irrationale Politik der militärischen Heilslehre, die Problemlösungen angesichts der ökologischen Katastrophenszenarien auf dem Planeten sabotiert, ist die Ministerin in diesem Jahr erneut in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt worden. Als weltkirchlich ausgerichteter Katholik sehe ich mich durch dieses weithin von CDU-Mitgliedern und anderen bürgerlichen Polit-Akteuren dominierte Laiengremium mit quasi-staatskirchlichem Selbstverständnis nicht vertreten.

Textdokumentation:

Offener Brief aus dem Ökumenischen Institut für Friedenstheologie an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen Herrn Herbert Reul

25. Juli 2021

Betr.: Polizeieinsatz gegen Christinnen und Christen des „Kreuzweges Schöpfung von Gorleben nach Garzweiler“

Sehr geehrter Herr Minister Reul,
mit Schrecken, Entsetzen und völligem Unverständnis haben wir Kenntnis erhalten von dem Polizeieinsatz gegen Teilnehmer:innen des „Kreuzweges Schöpfung von Gorleben nach Garzweiler“. Unser Ökumenisches Institut für Friedenstheologie gehört zum Kreis der Unterstützer-Organisationen dieses Pilgerweges, auf dem sich Christ:innen und Nichtchrist:innen im Rahmen einer großen Ökumene für Klimagerechtigkeit, für die Bewahrung der Schöpfung und ein Leben in Fülle für alle einsetzen. Sie stehen damit in völliger Übereinstimmung mit dem Programm der Pilgerwege des Ökumenischen Rates der Kirchen und den Herzensanliegen von Papst Franziskus.

Wir verurteilen auf Schärfste den Polizeieinsatz gegen Christinnen und Christen auf einem Pilgerweg vor dem Schloss Oberwerries. Ausgangspunkt des Konfliktes ist hier nach den uns vorliegenden Informationen eindeutig die Polizei des Landes NRW.

Dieser Polizeieinsatz ist unseres Erachtens ein eklatanter Eingriff in das grundgesetzlich garantierte Recht auf „die ungestörte Religionsausübung“, die laut Artikel 4. Abs 2 „gewährleistet wird“ in Verbindung mit Art 19 Abs. 2: „In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt (!, Hervorhebung von uns) angetastet werden.“ Es handelt sich hier u. E. nicht lediglich um einen Rechtsbruch seitens staatlicher Organe, sondern um einen Eingriff in verbrieft Grundrechte unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Und dies geschieht in einem Bundesland, das 1. ein Versammlungsgesetz gerade versucht zu verabschieden, das verfassungsrechtlich hoch umstritten ist, und 2. von einem Ministerpräsidenten regiert wird, der Mitglied einer Partei ist, die das Prädikat „christlich“ für sich reklamiert und deshalb wissen müsste, aufgrund welcher historischer Erfahrungen die Inhalte des Art 5 GG in Verbindung mit Art 19 GG Eingang in die Verfassung gefunden haben.

Wir bitten Sie, Herr Innenminister Reul deshalb - trotz Ihrer weitreichenden aktuellen Aufgaben im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe in Nordrhein Westfalen und Rheinland Pfalz - dringend, um die Wahrung des Rechtsfriedens wieder herzustellen – zum einen um eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge des Polizeieinsatzes gegen die Pilger:innen des „Kreuzweges Schöpfung von Gorleben nach Garzweiler“, zum anderen in Übereinstimmung mit der Evangelischen Kirche von Westfalen um eine sofortige, vollständige und rechtswirksame Garantie für die - unter den gegenwärtigen Bedingungen - grundgesetzlich garantierte Durchführung des „Kreuzweges Schöpfung von Gorleben nach Garzweiler“ ohne weitere polizeiliche Maßnahmen.

Wir haben uns angesichts des u. E. grundgesetz-widrigen Polizeieinsatzes auch mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie in Verbindung gesetzt, dem Mitglieder unseres Institutes ebenfalls angehören.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen für Ihr Amt

Für das Ökumenische Institut für Friedenstheologie:

Dipl. theol. Peter Bürger, Pfr. Dr. Matthias Engelke, Dr. phil. Gudula Frieling, Prof. em. Dr. Gottfried Orth, Rainer Schmid (evang. Theologe); Prof. Dr. Stefan Silber – Unterschrift nach Rückkehr vom Pilgerweg; apl. Prof. Dr. theol. Thomas Nauerth.

Quellenangaben für alle Bildressourcen (Polizeieinsatz bei Hamm, 23. Juli 2021):

<https://kreuzweg-gorleben-garzweiler.de/fuer-presse/>